

„Wir Politiker sind überfordert“

Kongress zu Großprojekten: Überraschendes Geständnis von Staatssekretär Nägele.

Lübeck – Mit einem Geständnis hat der Staatssekretär des schleswig-holsteinischen Verkehrsministeriums, Frank Nägele (SPD), gestern beim 13. Kongress „Innovatives Management“ der Mach AG in den Lübecker Media Docks überrascht. „Wir Politiker sind in allen Bereichen überfordert“, sagte der Kieler Amtschef mit Blick auf millionenschwere Großprojekte, die immer wieder in die Kritik geraten.

Ob auf Landesebene die feste Fehmarnbeltquerung, der A-20-Weiterbau und der Netzausbau oder als bundesweite Beispiele der Berliner Hauptstadt-Flughafen, Stuttgart 21 und die Elbphilharmonie: Die Liste der Exempel umstrittener Großprojekte ist lang. Neben ökologischen Bedenken stehen explodierende Kosten auf Grund von vermeintlichen Fehlplanungen im Fokus der Öffentlichkeit. Politiker in Aufsichtsräten müssten sich bei den Großprojekten teilweise mit Themenfeldern beschäftigen, die ihnen fern seien, sagte Nägele.



Staatssekretär Nägele (3.v.l.) diskutierte in Lübeck. Foto: Maxwitat

„Parlament und Öffentlichkeit erwarten aber, dass oft in kurzer Zeit Entscheidungen getroffen werden“, rechtfertigte Nägele, der bis 2010 in Berlin als kaufmännischer Vorstand auch am umstrittenen Wiederaufbau des Berliner Schlosses beteiligt war, das Dilemma. Gutachten von Experten seien dabei nur als argumentative Hilfen zu verstehen, sie würden keine Entscheidung ersetzen.

Jene Gutachten, die im Vorwege für Großprojekte eingeholt werden, kritisierte Rainer Kersten, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, dabei scharf. „Mir ist keine Machbarkeitsstudie für größere Projekte bekannt, die korrekt ist“, sagte er. Externe Gutachter würden stets mit zu niedrigen Zahlen rechnen, weil sie unter anderem auf Folgeaufträge hoffen, die sie aber nicht bekommen würden, wenn das Projekt bereits in der Planung an dem Preis scheitern würde. Kersten fordert daher, dass Gutachter bei eklatanten Fehlern in Zukunft für ihre Prognosen haften müssten. „Das senkt die Gefahr von Gefälligkeits-Gutachten“, ist sich Kersten sicher.

Bodo Hombach, einst Chef des Bundeskanzleramtes, warnte in seiner Rede zuvor, von einer Abkehr von Großprojekten. „Eine demokratische Gesellschaft braucht diese Projekte. Sie ermöglichen Identifikation und sind gleichzeitig ein Konjunkturprogramm.“ jwu